

Chaos in Wien: SPÖs Einladungspolitik zwingt Stadt an den Rand des Abgrunds!

Wiener FPÖ kritisiert SPÖ-Politik zur Asylbewerberintegration. Streit über Wohnsitzauflagen und gescheiterte Projekte im Fokus.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der Wiener FPÖ-Obmann, Stadtrat Dominik Nepp, hat die aktuelle Einladungspolitik der SPÖ scharf kritisiert. Laut Nepp führt die Politik von Bürgermeister Ludwig zu einem „sozialen und finanziellen Kollaps“ in der Stadt. Es ist eine alarmierende Situation: Fast 75 Prozent der arbeitslosen Asylbewerber leben in Wien, was die Stadt zu einem Magneten für Sozialasylanten macht. Die von der SPÖ geförderten Projekte, insbesondere das umstrittene Jugendcollege, werden als „Finanzverschwendung“ eingestuft. Jährlich fließen Millionen Euro an Steuergeldern in ein System, das laut Nepp weitgehend ineffektiv ist – die Abbruchrate beträgt fast 20 Prozent und nur 25 Prozent der Absolventen finden eine Anstellung.

Chaos in der Stadtregierung

Die internen Konflikte innerhalb der SPÖ-Wien zur Wohnsitzauflage für Asylbewerber verdeutlichen die unübersichtliche politische Lage. Nepp kommentierte, dass SPÖ-Stadtrat Hacker die Regelung als „hilflosen Vorschlag“ abtat und in den eigenen Reihen ein heftiger Streit entbrannt sei. Bei einem kürzlich eingebrachten Antrag widerspricht die rot-pinke Koalition ihrem eigenen Stadtrat und zeigt damit das Durcheinander innerhalb der Stadtregierung. Nepp bringt zur Sprache, dass SPÖ-Bürgermeister Ludwig stets betont habe,

dass die großzügigen Sozialleistungen für Asylberechtigte keine Sogwirkung hätten. Doch die gegenwärtigen Entwicklungen belegen das Gegenteil.

Nepp fordert drastische Maßnahmen, einschließlich einer Koppelung der Mindestsicherung an die österreichische Staatsbürgerschaft, einen Stopp der Familienzusammenführung und konsequente Abschiebungen illegaler Migranten. „Die Grenzen der Belastbarkeit wurden längst überschritten“, ergänzt Nepp und insistiert darauf, dass Familienzusammenführungen nur in den Herkunftsländern der Migranten erlaubt sein dürfen. Diese Situation könnte sich weiter zuspitzen, da viele Menschen in Wien, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, immer mehr unter Druck geraten.

OTS berichtete darüber, dass die Wiener FPÖ einen sofortigen Stopp dieser verfehlten Geldpolitik fordert. Weiterhin stellt leopoldstadt.fpoe-wien.at klar, dass die Stadtregierung dringend eine Lösung finden muss, um das entstandene Chaos zu beenden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• leopoldstadt.fpoe-wien.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at